

Inhaltsübersicht

Einführung: Der „politische“ Streik in frauendominierten Branchen	17
--	-----------

Erstes Kapitel

Eingrenzung der Forschungsfragen	26
---	-----------

Erster Abschnitt

Stand der rechtswissenschaftlichen Diskussion zum Tarifbezug des Arbeitskampfrechts und zum „politischen“ Streik	26
---	-----------

Zweiter Abschnitt

Begriffe des Arbeitskampfs, Streiks und „politischen“ Streiks	31
--	-----------

Dritter Abschnitt

Aufbau der Arbeit und Forschungsfragen	33
---	-----------

Zweites Kapitel

Tarifbezug des Arbeitskampfrechts und Verbot des „politischen“ Streiks	36
---	-----------

Erster Abschnitt

Grundgesetzliche Gewährleistungen des Streikrechts	36
---	-----------

A. Geschichte des Streiks und dessen rechtlicher Wertung	37
B. Auslegung des Art. 9 Abs. 3 GG	72
C. Ergebnis	116

Zweiter Abschnitt

Unions- und völkerrechtliche Gewährleistungen des Streikrechts 119

A. Unionsrecht 120

B. Völkerrecht 128

C. Ergebnis 175

Dritter Abschnitt

**Ursprung und Kontinuitäten von Tarifbezug des Arbeitskampfrechts
und Verbot des „politischen“ Streiks** 178

A. Ursprung von Tarifbezug des Arbeitskampfrechts und Verbot des „politischen“ Streiks
in Rechtswissenschaft und Rechtsprechung der jungen Bundesrepublik 178

B. Kontinuitäten in der weiteren Rechtsprechung 280

C. Ergebnis 305

Zusammenfassung und Schlussbetrachtung 307

Literaturverzeichnis 322

Personen- und Stichwortverzeichnis 356

Inhaltsverzeichnis

Einführung: Der „politische“ Streik in frauendominierten Branchen	17
I. Arbeitsbedingungen und Streikpraxis in frauendominierten Branchen	18
II. Gesetzliche Grundlagen der prekären Arbeitsbedingungen am Beispiel der Altenpflege	20
III. Rolle des Staats und Verbot des „politischen“ Streiks	23

Erstes Kapitel

Eingrenzung der Forschungsfragen	26
---	----

Erster Abschnitt

Stand der rechtswissenschaftlichen Diskussion zum Tarifbezug des Arbeitskampfrechts und zum „politischen“ Streik	26
---	----

Zweiter Abschnitt

Begriffe des Arbeitskampfs, Streiks und „politischen“ Streiks	31
--	----

Dritter Abschnitt

Aufbau der Arbeit und Forschungsfragen	33
---	----

Zweites Kapitel

Tarifbezug des Arbeitskampfrechts und Verbot des „politischen“ Streiks	36
---	----

Erster Abschnitt

Grundgesetzliche Gewährleistungen des Streikrechts	36
---	----

A. Geschichte des Streiks und dessen rechtlicher Wertung	37
I. Die Anfänge des Streiks	39
II. Streikvereine	41

III.	Erste Legalisierungsversuche	42
IV.	Streiks und Sozialstaat	44
V.	„Politische“ Streiks und Massenstreiks	45
VI.	Weimarer Republik	47
	1. Erster Weltkrieg und „politische“ Streiks der Revolution	47
	2. Stinnes-Legien-Abkommen und ZAG	52
	3. Rechtswissenschaftliche Diskussion um das Arbeitskampfrecht aus Art. 159 WRV	55
	4. Rechtsprechung zum Arbeitskampf	58
	5. Das Weimarer System der staatlichen Zwangsschlichtung	64
	6. Zusammenfassung	65
VII.	Nationalsozialismus	66
VIII.	Entwicklung bis zur Entstehung des Grundgesetzes	68
	1. Streiks im Vorfeld der Beratungen des Parlamentarischen Rats	68
	2. Rechtsprechung und Landesverfassungen zum Arbeitskampfrecht	69
	3. Zusammenfassung	70
IX.	Zwischenergebnis der historischen Betrachtung des Arbeitskampfrechts	70
B.	Auslegung des Art. 9 Abs. 3 GG	72
I.	Bestimmung des Schutzbereichs	72
	1. Subjektiv-teleologische Auslegung: Parlamentarischer Rat zu Art. 9 Abs. 3 GG	73
	a) Der Vorschlag von Eberhard und den Gewerkschaften	74
	b) Konsens über die Gewähr des Streikrechts	77
	c) Streit über den Gewährleistungsumfang des Streikrechts	77
	d) Zwischenergebnis	80
	2. Objektiv-teleologische Auslegung: Funktionen des Streiks	80
	a) Ausgleich der asymmetrischen Verhandlungspositionen	81
	b) Beitrag zur materiellen Umverteilung	83
	aa) Diskriminierungsverbot aufgrund der sozialen Herkunft nach Art. 3 Abs. 3 GG in der bürgerlichen Rechtsordnung	83
	bb) Vergesellschaftung nach Art. 15 GG	88
	cc) Gleichberechtigungsgebot und Verbot der Diskriminierung von Frauen nach Art. 3 Abs. 2 und Abs. 3 GG	90
	dd) Sozialstaatsprinzip nach Art. 20 Abs. 1 und 28 Abs. 1 GG	93
	ee) Zwischenergebnis	94
	c) Demokratische Teilhabe	95
	d) Selbstbestimmte Gestaltung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen	97
	e) Zwischenergebnis	101
	3. Auslegung des Wortlauts	101
	4. Systematische Auslegung	104

5. Zusammenfassung	104
II. Rechtfertigung von Eingriffen in das Streikrecht	105
1. Grundrechte der Arbeitgeber*innen	106
a) Vermeidung von Streiks	106
b) Vermeidung von Schäden an Vermögen und Eigentum	108
c) Tarifaufonomie	111
d) Erfüllung der Pflichten aus dem Versorgungsvertrag	115
2. Grundrechte Dritter	115
C. Ergebnis	116

Zweiter Abschnitt

Unions- und völkerrechtliche Gewährleistungen des Streikrechts	119
A. Unionsrecht	120
I. Gewährleistungsgehalt von Art. 28 GRCh	120
II. Einfluss der Unionsgrundrechte auf das deutsche Arbeitskämpfrecht	125
III. Zwischenergebnis	127
B. Völkerrecht	128
I. Regelungen zum Streikrecht	128
1. Art. 11 EMRK	128
a) Gewährleistungsgehalt von Art. 11 Abs. 1 EMRK	129
aa) Rechtsprechung des EGMR	129
bb) Rechtsvergleich	133
b) Rechtfertigung von Einschränkungen nach Art. 11 Abs. 2 S. 1 EMRK	137
aa) Gesetzliche Regelung	137
bb) Legitimer Zweck	138
cc) Demokratische Notwendigkeit	142
c) Zusammenfassung	145
2. Art. 6 Nr. 4 ESC	147
a) Gewährleistungsgehalt von Art. 6 Nr. 4 ESC	147
b) Beschränkung durch Art. 6 Abs. 1 ESC	150
c) Zusammenfassung	154
3. ILO-Übereinkommen Nr. 87	155
4. Art. 8 Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	157
5. Art. 22 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte	158
6. Zusammenfassung	158

II. Verhältnis zum deutschen Recht	159
1. Berücksichtigung von EMRK und Rechtsprechung des EGMR	160
a) Rezeption der Entscheidungen des EGMR	160
b) Tragende Verfassungsgrundsätze und Verfassungsidentität	165
c) Stellungnahme	166
2. Verbindlichkeit der Europäischen Sozialcharta und der dazugehörigen Spruchpraxis	170
3. Verbindlichkeit der Spruchpraxis der ILO-Kontrollorgane	173
4. Verbindlichkeit der UN-Verträge und Spruchpraxis	174
5. Zusammenfassung	175
C. Ergebnis	175

Dritter Abschnitt

Ursprung und Kontinuitäten von Tarifbezug des Arbeitskampfrechts und Verbot des „politischen“ Streiks 178

A. Ursprung von Tarifbezug des Arbeitskampfrechts und Verbot des „politischen“ Streiks in Rechtswissenschaft und Rechtsprechung der jungen Bundesrepublik	178
I. Arbeitskampfrechtsprechung und -lehre zwischen Inkrafttreten des Grundge- setzes und erstem Urteil des Bundesarbeitsgerichts	179
1. Rechtsprechung zwischen 1949 und 1955	180
2. Rechtswissenschaftliche Literatur zwischen 1949 und 1955	184
3. Zusammenfassung	187
II. Der Zeitungsstreik 1952	188
1. Sachverhalt	189
2. Die rechtswissenschaftlichen Gutachten	190
a) Rechtshistorischer Kontext der Gutachten zum Zeitungsstreik	190
b) Die Abendroth-Forstthoff-Kontroverse zum „politischen“ Streik	192
aa) Ernst Forstthoff	193
(1) Staatsrechtslehre und Gewerkschaften	193
(2) Gutachten zum Zeitungsstreik	200
(3) Einordnung des Zeitungsstreikgutachtens in Forstthoffs Gesamt- werk	201
bb) Wolfgang Abendroth	203
(1) Staatsrechtslehre und Gewerkschaften	203
(2) Gutachten zum Zeitungsstreik	206
cc) Stellungnahme: Streik in der pluralistischen und partizipativen De- mokratie	209
(1) Vielfältige Beteiligung an der staatlichen Willensbildung	209
(2) Keine Verletzung des freien Mandats der Abgeordneten	213

dd) Zwischenergebnis	217
c) Das Verbot des „politischen“ Streiks nach Nipperdey	219
aa) Hans Carl Nipperdey	219
(1) Arbeitskampfrecht bis zum Zeitungsstreikgutachten	220
(a) Weimarer Republik	221
(aa) Rechtmäßigkeit des Arbeitskamps	222
(bb) Rechtliche Bewertung des „politischen“ Streiks	232
(cc) Schadensersatzrecht	233
(b) Nationalsozialismus	234
(c) Schaffensphase in der Bundesrepublik vor dem Zeitungsstreik	237
(d) Zusammenfassung	239
(2) Gutachten zum Zeitungsstreik	241
(a) Das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb als sonstiges Recht i. S. v. § 823 Abs. 1 BGB	242
(b) Das Prinzip der Sozialadäquanz	243
(3) Stellungnahme	244
(a) Kritik an der Übertragung des Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb auf das Arbeitskampfrecht	245
(b) Kritik an der Einschränkung des Arbeitskampfrechts durch das vermeintliche Verfassungsprinzip der sozialen Markt- wirtschaft	249
(c) Kritik am Prinzip der Sozialadäquanz	255
(d) Kritik an der historischen Auslegung	257
(e) Kritik an der Differenzierung von „politischem“ und „ar- beitsrechtlichem“ Streik mit normativer Geltung	260
bb) Alfred Huecks Gutachten zum Zeitungsstreik	263
cc) Zwischenergebnis	263
3. Die Urteile zum Zeitungsstreik	266
a) Erste Instanz	267
b) Zweite Instanz	268
c) Dritte Instanz	271
d) Zusammenfassung	272
III. Nipperdey und die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zum Arbeits- kampf	272
1. Der Einfluss Nipperdeys als Präsident des Bundesarbeitsgerichts	273
2. Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 28. Januar 1955	274
3. Stellungnahme	276
IV. Zwischenergebnis	279
B. Kontinuitäten in der weiteren Rechtsprechung	280
I. Verbot des „politischen“ Streiks	280
1. Erste Streiks ohne gerichtliche Auseinandersetzung	281

2. Streik gegen „die Zerschlagung des NDR“ im Jahr 1979	281
3. Das Bundesarbeitsgericht zum „politischen“ Streik	282
4. Streik gegen die Reform des § 116 Arbeitsförderungsgesetzes im Jahr 1986	283
5. Streiks in Ostdeutschland von 1990 bis 1994 und der Poststreik im Jahr 1994	285
6. Frauenstreik im Jahr 1994	287
7. Streik gegen Sparpakete im Jahr 1996	287
8. Gerichtliche Auseinandersetzungen seit dem Jahr 2000	288
9. Debatten um Feministische Streiks und Klimastreiks	289
10. Zwischenergebnis	291
II. Tarifbezug des Arbeitskampfrechts	293
1. Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 21. April 1971	293
2. Die Urteile des Bundesarbeitsgerichts vom 10. Juni 1980	296
3. Tendenzen in der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und des Bundesverfassungsgerichts zur Revision des Tarifbezugs des Arbeitskampfrechts	301
4. Zwischenergebnis	303
III. Zwischenergebnis	304
C. Ergebnis	305
Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	307
I. Der „politische“ Streik als rechtshistorische Realität	307
II. Grundrechtsdogmatische Revision des Streikrechts	310
III. Grundrechtsdogmatische Prüfung des ökonomischen Schadens	314
IV. Konstruierte Rechtsgüter zu Lasten der Arbeitnehmer*innen	316
V. Der „politische“ Streik im demokratischen Gefüge des Grundgesetzes	319
VI. Streik, Sozialstaat und ein möglicher Rechtsprechungswandel	320
Literaturverzeichnis	322
Personen- und Stichwortverzeichnis	356